

Walter Rathenau

und

seine Verdienste um Deutschland

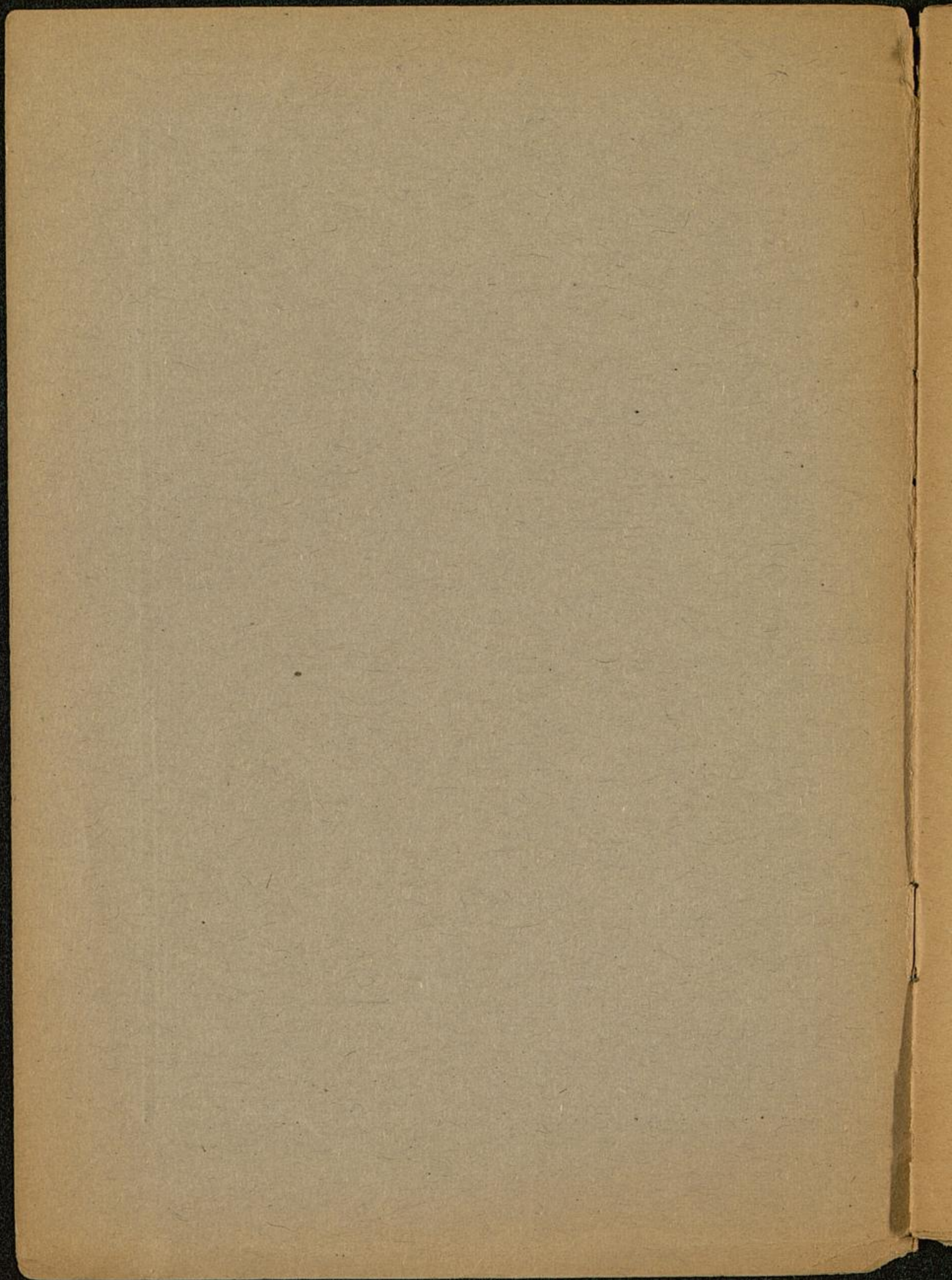
von

Geheimrat Professor Dr. Lujo Brentano



Verlag Pareus & Co. / München

18.



Walther Rathenau
und
seine Verdienste um Deutschland

Vortrag
von
Geheimrat Professor Dr. Lujo Brentano

Verlag Parcus & Co. / München

Der Vortrag wurde gehalten am 13. Juli 1922 beim
Klub demokratisch gesinnter Studenten München.

Als ich vor einigen Tagen vom Vorstand des Klubs demokratisch gesinnter Studenten an der Universität München um einen Vortrag gebeten wurde, der den dem deutschen Vaterlande grausam entriessenen Walter Rathenau würdige, war meine erste Empfindung, Ablehnung. Gibt es doch kaum eine deutsche Stadt, in der von Tausenden und Abertausenden von beredteren und berufeneren Zungen dargelegt worden ist, was Deutschland an ihm verloren hat. Ja, auch im Ausland, und zwar selbst in Ländern, die wir noch heute als unsere erbittertsten Feinde betrachten müssen, haben sich Stimmen erhoben, die den unvergleichlichen Gaben und dem unantastbaren Charakter Walter Rathenaus ihre Anerkennung nicht versagten und ihn für den bedeutendsten Staatsmann erklärten, welchen das heutige Deutschland aufzuweisen gehabt habe. Ihnen allen sind solche Kundgebungen bekannt. Was, sagte ich mir, soll da die Stimme eines aus dem aktiven Leben Ausgeschiedenen bedeuten, der zudem den Mann nur aus flüchtigen Begegnungen persönlich gekannt hat!

Dann aber überlegte ich, daß eben die zur Verherrlichung des Toten stattfindenden Zusammenkünfte von Tausenden von Menschen, die im Norden wie im Süden, im Westen wie im Osten unseres Landes stattfanden, eine tiefere Ursache haben müssen als bloß das Bedürfnis den Manen eines verstorbenen Großen zu huldigen. Es liegt nicht in der Natur der Menschen, am wenigsten der Deutschen, lediglich aus sentimentalischen Gründen ihre Arbeit, von der sie leben, oder das Heim ihrer Familie zu verlassen, außer wenn sie glauben, daß über etwas verhandelt wird, was für sie von tiefstem und überwältigendem Interesse ist. Und

ich freute mich, daß es auch in München Studenten gibt, die dieses Interesse empfinden und trotz aller Anfeindungen von gegnerischer Seite das Bedürfnis haben, diesem Interesse Ausdruck zu geben. Und wenn sie dabei zu ihrem alten Lehrer kamen mit der Bitte, zu sagen, was er über die Sache denke, so durfte ich diese Vertrauensgewährung für ein in ihrem Dienste während eines halben Jahrhunderts verbrachtes Streben nach Wahrheit nicht mit einer Absage lohnen. Was aber ist es, worin diese unvergleichlichen Trauerkundgebungen enden müssen, wenn sie nicht leerer Schall bleiben sollen? Darauf soll es nur die eine Antwort geben: daß wir ohne Rathenau in seinem Sinne fortwirken, um das zu erreichen, was ihm für unser Vaterland vorgeschwebt hat.

Was denn aber hat Rathenau gewollt?

Rathenau war ein ungewöhnlich geistvoller Mensch, und wenn es schon von minder ausgezeichneten Menschen gilt, daß sie von Widersprüchen nicht frei sind, so erst recht für einen Mann, für den bei der Vielseitigkeit seiner Begabung das nihil humani a me alienum puto (Nichts Menschliches ist mir fremd) selbstverständlich gewesen ist. Aber es gab doch eines, was alles dieses sich Widersprechende zu einheitlichem energischen Wirken vereinte: seine alles überschattende Liebe zu Deutschland.

So ist es für viele ein Rätsel gewesen, daß Rathenau der Gründer von, sagen wir, rund fünfzig erfolgreichen Aktiengesellschaften einer Philosophie huldigte, welche das Prinzip aller wirtschaftlichen Tätigkeit, das Streben nach Verbesserung der eigenen Lage als schändlichen Materialismus verurteilte. Das war das Gegenteil der Antwort, mit der einer der erfolgreichsten deutschen Großindustriellen, Herr Kirdorff, 1905 auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Mannheim, als wir für den kollektiven Arbeitsvertrag eintraten, uns entgegengetreten ist: „Es ist“ sagte er, „leider unsere Aufgabe Geld zu verdienen.“ Aber es gibt Zyniker, die vielleicht einwenden, Rathenaus Verurteilung des Materialismus in seinen Büchern sei nur eine ethische Floskel gewesen; daß er in der Praxis anders gedacht habe, zeigten eben die von ihm gegründeten 50 Aktiengesellschaften. Es ist jetzt ein Jahr, als ich in Berlin mit Rathenau das letztemal zusammentraf. Er war eben Wiederaufbauminister geworden und hatte an dem Tage seine Stelle als Vorsitzender jener 50 Aktiengesellschaften niedergelegt. Er sprach mir davon mit dem Schmerz des großen Organisationsmannes, der die Kinder, die er mit seinem Herzblut großgezogen, sich selbst überlassen muß. Wäre der Gesichtspunkt des Geldverdienens für ihn maßgebend gewesen, er wäre noch heute Aufsichtsratsvorsitzender in den

von ihm gegründeten 50 Aktiengesellschaften und wahrscheinlich noch am Leben.

Aber was ihn leitete, war sein Patriotismus. Den hatte er schon früher betätigt. Der Krieg war ausgebrochen. Rathenau hat nicht zu denen gehört, die im Taumel, der damals das deutsche Volk ergriff, sich in Sicherheit ob seines siegreichen Ausgangs gewiegt haben. Im Gegenteil. Was seine Besorgnisse vor allem erregte, war die Frage, ob Deutschland sich nicht schon nach Ablauf eines Jahres wegen Fehlens der zur Kriegführung unentbehrlichen Rohstoffe für besiegt erklären müsse. Deutschland ist ja von der Natur ein relativ stiefmütterlich ausgestattetes Land. Nicht nur, daß es schon vor dem Krieg für 3 Millionen Goldmark Nahrungsmittel einführen mußte, um seine Bevölkerung ernähren zu können; seine Einfuhr an Rohstoffen, durch deren Bearbeitung es sich vom Ausland die zur Bezahlung der eingeführten Nahrungsmittel nötigen Fabrikate verschaffte, hat 1913 5 Millionen Goldmark betragen. Das einzige, woran wir Ueberfluß hatten, waren Kohle und Kali. Als nun England uns am 4. August den Krieg erklärte, wurde Deutschland zu einer belagerten Festung. Woher die zur Kriegführung unentbehrlichen Rohstoffe nehmen, wenn der vorhandene Bestand aufgezehrt war? Die Frage hat Rathenau drei Tage nach der englischen Kriegserklärung ins preußische Kriegsministerium getrieben. Dort hörte er, daß man sich mit ihr noch gar nicht beschäftigt habe. Falkenhayn erkannte aber sofort ihre überwältigende Bedeutung und betraute ohne Zögern Rathenau mit der Organisation einer Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Kriegsministeriums. Sie begann mit vier kleinen Zimmern, in denen vier Personen arbeiteten, um nach 8 Monaten eine ganze Straßenfront, in der mehr als 500 Beamte tätig waren, einzunehmen. Das erste, was geschah, war die Vornahme einer Schätzung der vorhandenen unentbehrlichen Kriegsrrohstoffe auf Grund einer beschränkten statistischen Aufnahme. Das zweite die Schaffung eines neuen Begriffs der Beschlagnahme. Bis dahin waren alle beschlagnahmten Objekte in das Eigentum des Staates übergegangen. Von nun ab sollten sie ihrem bisherigen Eigentümer verbleiben; auch sollte dieser sie beliebig veräußern können. Das einzige, was die Beschlagnahme bewirkte, war, daß die beschlagnahmten Waren nur mehr zu Kriegszwecken verwendet werden durften. Die Kriegs-Rohstoff-Abteilung beorderte ihre Zuteilung an den Fabrikanten, der sie zur Ausführung eines erteilten Auftrages benötigte und sie zu dem Zweck dem bisherigen Eigentümer abkaufte. So entstand eine planmäßige Organisation der deutschen Kriegsindustrie, die an die Methoden des Sozialismus und wenn

Sie wollen, Kommunismus streifte, wenn auch nicht in dem Sinne, wie radikale Theorien es gefordert hatten.

„Die Kriegs-Rohstoff-Gesellschaften wurden gegründet mit strenger behördlicher Aufsicht. Kommissare der Reichsbehörden und der Ministerien hatten ein unbeschränktes Veto; die Gesellschaften waren gemeinnützig; sie durften weder Dividenden noch Liquidationsgewinne verteilen.“ „Die deutsche Industrie hat diese Neugestaltung bewirkt, ohne davon zu reden, ohne einen Zusammenbruch, schweigend, großzügig, selbstbewußt, mit höchster Tatkraft und Schaffenslust.“ Die erste der so entstehenden Kriegsgesellschaften war die Kriegsmetallgesellschaft; ihr folgte die Kriegskemikaliengesellschaft und dann kam eine ganze Reihe anderer. Fast jede Woche fanden neue Gründungen statt. Das Beamtenpersonal wuchs in die Tausende. Der Umsatz zählte nach Hunderten von Millionen.

Das weitere Ziel Rathenaus war die Ersetzung der kostspieligen, bisher aus dem Auslande bezogenen Rohstoffe durch billigere. So erstand die Ersatzindustrie, eine der großartigsten Leistungen deutschen Erfindungsgeistes und Fleißes, und zwar von Leistungen, die zum Teil eine bleibende Bereicherung der Menschheit bedeuten. Ich hatte einmal während des Krieges das Glück, mit einer Anzahl von Erfindern von Ersatzstoffen zusammenzuspeisen. Es war mit das Interessanteste, was ich erlebt habe. Ich habe da gehört, wie wir es fertig gebracht, Stickstoff aus der Luft, Schwefelsäure aus Gips, Baryt und als Nebenprodukt von Kohle, Gummi auf synthetischem Wege zu gewinnen und uns unabhängig vom natürlichen Vorkommen von Petroleumquellen zu machen, indem wir Petroleum unmittelbar aus Braunkohlen herzustellen wußten. Das Kupfer haben wir durch Aluminium ersetzt und Aluminium haben wir statt aus dem nur im Ausland zu habenden Bauxit aus gewöhnlicher Tonerde zu gewinnen verstanden. Für den Bezug von Futtermitteln hatten wir uns zu einem großen Teil vom Ausland unabhängig gemacht, indem wir Futtermittel nicht nur aus Küchenabfällen, sondern selbst aus Holz herzustellen gelernt haben. Desgleichen haben wir Gewebe aus Fasernstoffen mannigfachster Art statt aus dem aus dem Ausland bezogenen hergestellt; und mit dieser Aufzählung ist, was unsere Industrie an Ersatzmitteln geschaffen hat, keineswegs ein Ende.

Während Herr v. Braun durch seine Broschüre: „Kann Deutschland durch Hunger besiegt werden?“ die deutschen Regierungen in die irrige Vorstellung einludte, daß die deutsche Landwirtschaft dem Nahrungsbedarf des deutschen Volkes zu genügen imstande sei und

Deutschland, als die Hoffnung, aus Rumänien und der Ukraine Getreide zu erhalten, fehlschlug, durch Hunger besiegt worden ist, konnte Rathenau schon nach achtmonatlicher Tätigkeit, am 1. April 1915, als er dem preußischen Kriegsministerium die Kriegs-Rohstoffabteilung als ein gehendes, eingearbeitetes, fertiges Werk übergab, zu Falkenhayn sagen: Wir sind in allem Wesentlichen gedeckt; der Krieg ist von der Rohstoffbeschaffung unabhängig; und das hat sich bis zum Ende des Krieges bewahrheitet.

Da, wo Rathenau die Frage aufwirft, wem es zu danken ist, daß das große, von ihm ins Leben gerufene Werk gelingen konnte, nennt er unter anderen den Idealismus einer Anzahl Menschen, die sich freudig einer gemeinsamen Führung anvertrauten, ohne Entgelt, ohne Versprechen, ohne Verpflichtung, ohne Vertrag, die in rastloser, begeisterter Arbeit ihre Kräfte, ihre Erfahrung und ihre Ideen hingaben, weil sie fühlten, daß das Land sie braucht. In bürgerlicher, kollegialer und freundschaftlicher Gemeinschaft, kaum mit dem Begriff eines Vorgesetzten, kaum mit dem Begriff einer Gefolgschaft, hat diese auserwählte Freischar über Deutschland ein neues Wirtschaftsleben und ein neues Netz industrialer Gesetzmäßigkeiten gebreitet. Unterstützt wurden sie von der Jugendkraft und Elastizität unserer Industrie, die jedem Entschluß zugetan, jeder Belastungsprobe gewachsen, das Unvergleichliche geleistet hat.

Der größte unter diesen dem Vaterland restlos sich hingebenden Idealisten war Rathenau selbst. Daher auch der Irrtum in seinen späteren Schriften zugunsten einer planmäßigen Regelung der Produktion. Er übersah, daß, was während des Krieges geleistet worden war, eben nur in den seltenen Momenten im Leben eines Volkes zu finden ist, wo das allgemeine Bewußtsein, daß es sich um dessen Existenz handelt, das Zurücktreten des Egoismus hinter den Altruismus zu etwas Selbstverständlichem macht.

Schon bevor der Krieg zu Ende gegangen ist, sollte sich zeigen, daß ein Idealismus gleich dem, der Rathenau beseelte, und den er in anderen wachrief, nur selten zu finden ist.

Am 1. März 1915 hat der damalige englische Premierminister Asquith im Unterhaus erklärt, daß die Alliierten dafür sorgen würden, daß jedwede für Deutschland bestimmten Waren, gleichviel welcher Art, nicht bloß solche, die Konterbande oder von Nutzen für das deutsche Herr seien, von ihren Kreuzern gekapert würden. Das war die Verhängung der Blokade über die Zivilbevölkerung Deutsch-

lands, in schreiendem Widerspruch zu der Pariser Deklaration von 1856, unter die England Schrift und Siegel gesetzt hatte. Und als ein Jahr darauf auch unser alter Dreibundgenosse Italien uns den Krieg erklärte, unter dem Drucke Englands, das auf diese Weise Deutschland die Zufuhr über die Alpen abschneiden wollte, war die Hungerblockade vollendet. Nun zeigte sich auch dem Blödesten die Nichtigkeit aller Deklamationen, daß Deutschland sich selbst zu genügen vermöge.

Wir wurden, wie schon gesagt, durch Hunger besiegt. Aber Rathenau warnte vor dem von der Heeresverwaltung verlangten schleunigen Abschluß eines Waffenstillstandes; statt der Waffenruhe forderte er das letzte Aufgebot und höchste nationale Erhebung. Und ebenso haben die Sachverständigen, die aus ganz Deutschland nach Berlin berufen waren, um über die von den Alliierten Deutschland vorgelegten Friedensbedingungen zu beraten, diese einstimmig abgelehnt. Auch ich habe an der damaligen Beratung teilgenommen. Noch erinnere ich mich, als vor der Schlußabstimmung unser Oskar v. Miller sich erhob und in kurzer, eindringlicher Rede für die Ablehnung eintrat. Er war der einzige, der sprach. Die Ablehnung der Friedensbedingungen galt uns allen als selbstverständlich. Auch hat man damals im Auslande mit unserer Ablehnung gerechnet. Als ich wenige Wochen vor jener Berliner Beratung in Bern war, sagte mir die vortreffliche Frau Snowden: Wenn Sie nach Deutschland zurückkehren, sagen Sie Ihren Staatsmännern, sie sollten nicht unterschreiben; das ist der einzige Weg, um bessere Bedingungen zu erlangen. Auch habe ich dies Scheidemann, der damals deutscher Ministerpräsident war, mitgeteilt, und er ist lieber zurückgetreten, als zu unterschreiben. Aber der Eindruck solcher Ablehnung wurde durch andere vernichtet, welche nach Frankreich meldeten, unser Widerstand sei nur Schein. Es gab viele in Deutschland, die gegen die Ablehnung auftraten. Dazu gehörte auch Bayern, und zwar nicht blos die bayerische Regierung, sondern auch die „Münchener Neuesten Nachrichten“, und der Abgeordnete Quidde mußte sich noch Monate später öffentlich verteidigen, weil er den Versailler Frieden abgelehnt hatte.

Aber die Unabhängigen agitierten lebhaft für die Annahme; aus Angst, Parteigenossen an diese zu verlieren, fielen erst die Mehrheitssozialisten und dann die Zentrumsparthei um. So kam es, daß sich im Reichstag eine Mehrheit für Unterschreiben des Friedensvertrages fand. Und noch erinnere ich mich der Beschämung, die ich empfand, als ich Ende Oktober 1919 in London aus dem Munde Lord

Barmoors die Worte hören mußte: Ein Volk, das nicht Frieden schließt, kann nie besiegt werden.

Ganz anders stand die Frage, nachdem wir unterschrieben hatten. Einer unter den Gründen, der gegen die Unterzeichnung des Versailler Diktates gesprochen hatte, war, wie dieser selbst in seinem Artikel 232 ausgesprochen hatte, daß die Hilfsquellen Deutschlands nicht ausreichten, die ihm aufgerechneten Reparationskosten zu tragen. Nun hatte die Doppelzüngigkeit der Bülow'schen Politik Deutschlands Glaubwürdigkeit schwer geschädigt. Sollten wir denen recht geben, die uns deshalb als gewohnheitsmäßige Lügner schalten, indem wir einerseits den Artikel 231, der uns der Alleinschuld am Kriege bezichtigte, als unwahr und die uns auferlegten Reparationspflichten als unerfüllbar erklärten und nichtsdestoweniger unseren Namen darunter setzten? Etwas anderes aber war es, nachdem wir trotzdem, wenn auch gezwungen, Deutschlands Namen verpfändet hatten, daß es die von ihm übernommenen Verpflichtungen erfüllen werde.

Es ist für jeden wirtschaftlich Einsichtigen klar, daß Deutschland ohne Anleihen beim Ausland nicht wieder aufkommen kann. Um solche zu erlangen, braucht es vor allem Vertrauen. Vertrauen aber erlangen wir nur, wie uns erst am 10 Juni wieder der internationale Bankierausschuß in Paris in seinem Bericht an die Reparationskommission gesagt hat, wenn „Deutschland durch Wiederherstellung seiner finanziellen Lage klar seinen Wunsch zum Ausdruck bringt, seinen Verpflichtungen zu entsprechen“. Mit anderen Worten: Vertrauen schenkt uns das Ausland nur, wenn wir unser äußerstes tun, um unser verpfändetes Wort einzulösen. Erst wenn wir durch unsere äußersten Anstrengungen aller Welt dargetan haben, daß unsere Hilfsmittel zur Erfüllung der uns aufgezwungenen Bedingungen unzureichend sind, und daß der bloße Versuch, diese zu erzwingen, unsere Kriegsgegner mit in den Abgrund reißt, läßt sich auf eine Revision des Versailler Diktats hoffen. Ist es doch der Höhepunkt des Zynismus, wenn dessen Art. 232 selbst ausspricht, daß Deutschland, wie es durch die übrigen Friedensartikel verstümmelt ist, den ihm auferlegten Verpflichtungen nicht genügen könne, und wenn Frankreich, trotzdem es Deutschland bösen Willen zuschreibt, wenn es mit der Erfüllung im Rückstande bleibt! Damit die übrige Welt dies mitempfinde, muß sie erst selbst unter dieser französischen Politik leiden.

Dieser Erfüllungspolitik sind aber in Deutschland mächtige Gegner entstanden, und wenn wir auf sie hören wollten, müßten wir alle

unsere Leistungsfähigkeit übersteigenden Zumutungen, ohne auch nur den Versuch unser Unvermögen darzutun, abweisen. Was auf diesem Wege zu erreichen ist, hat unser Vorgehen im Jahre 1921 gezeigt. Unsere der Londoner Konferenz unterbreiteten, ziffernmäßig formulierten Gegenvorschläge wurden von den Alliierten als indiskutabel bezeichnet, worauf die Konferenz abgebrochen wurde und Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland verhängt wurden. Entwaffnet, hilflos, blieb uns nichts übrig, als in alles von uns Verlangte zu willigen. Das einzige Ergebnis unseres Auftretens in London war, daß, obwohl wir alles in London uns Auferlegte erfüllt haben, die damals von unseren Gegnern besetzten Städte Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg noch heute von ihnen besetzt und wir außerstande sind, dem Rechte Geltung zu verschaffen. Unsere Lage hat sich infolge unseres Auftretens in London wesentlich verschlechtert.

Die Sache ist eben die, daß der Verbissenste unter unseren Gegnern gar kein Interesse hat, daß wir erfüllen. Er aber schreit am meisten über Nichterfüllung, weil er in dieser einen Rechtstitel sucht zur Erreichung seines eigentlichen Kriegszieles: der Annexion der Rheinlande und der Zertrümmerung des Reiches. Dieser Gegner ist Frankreich. In den russischen Geheimdokumenten, die auf Grund der Veröffentlichungen der Sowjets 1918 noch von der kaiserlichen Regierung in Berlin herausgegeben worden sind, findet sich ein bezeichnender Briefwechsel zwischen Paris und der Regierung des russischen Zaren. Paris verlangt, daß Rußland keinen Einspruch erhebe, wenn Frankreich im definitiven Friedensschluß für sich nicht nur Elsaß-Lothringen, sondern auch die Rheinlande verlange; Petersburg verlangt Konstantinopel für Rußland und — hören Sie — daß Frankreich beim Friedensschluß seine Stimme nicht zugunsten von Polen erhebe. Auf dieser Grundlage verständigen sich die beiden. Und eben daß Frankreich infolge des Einspruchs von England die Rheinlande in Versailles nicht erlangt hat, ist der Vorwurf, der mit steigender Bitterkeit nicht nur von der französischen Militärpartei, sondern von den Tardieu und Genossen gegen Clemenceau erhoben wird.

Aber Poincaré hat die Rheinlande nicht vergessen. Daher sein unausgesetztes Streben nach Besetzung des Ruhrgebietes. Mit dieser wäre das letzte und wertvollste große Kohlenbecken Deutschlands in die Gewalt von Frankreich gebracht. Die deutsche Industrie, auf deren Leistungen wir angewiesen sind, wollen wir auch nur die von uns benötigten Lebensmittel und Rohstoffe vom Ausland erhalten, geschweige denn die uns auferlegten Milliardenzahlungen entrichten,

wäre damit in Abhängigkeit von französischer Willkür gebracht. Von Frankreich würde es abhängen, ob wir, was wir an Nahrungsmitteln aus dem Auslande brauchen, bezahlen können, von ihm, ob wir die uns auferlegte Kontribution entrichten können oder nicht, um eben, wenn wir nicht zahlen, weitere Knechtung über uns zu verhängen. Aber noch mehr! Das materielle Band, das den Süden Deutschlands mit dem Norden verbindet, ist, daß der Süden, was Kohlen angeht, vom Ruhrgebiet abhängig ist, und es hat sich schon zur Zeit der Eisnerschen Rheinbundgelüste gezeigt, und der Prozeß Leoprechting hat es aufs neue bestätigt, daß es Leute in Bayern gibt, deren Reichstreue ohne solche materielle Bänder sehr zweifelhaft wäre. Poincaré würde durch Besetzung des Ruhrgebietes einen mächtigen Hebel zur Zertrümmerung des Reiches erhalten; denn er vermöchte durch Begünstigung in der Kohlenzufuhr vor dem übrigen Deutschland Bayern politisch in seine Gewalt bringen.

Nun gibt es unter den Gegnern der Erfüllungspolitik bei uns außerordentlich einflußreiche Personen, deren Sonderinteressen sie diese politischen Folgen einer französischen Besetzung des Ruhrbeckens ganz übersehen lassen. So hat auf der Hamburger Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in diesem Frühjahr ein deutscher Industrieller davon gesprochen, daß Frankreich nicht ruhen werde, bis es auf das Ruhrgebiet seine Hand gelegt habe, und zwar nicht aus Gründen der Zertrümmerung der deutschen Industrie, sondern um die dortige Industrie der französischen Forderung nach einer Verflechtung der deutschen und der französischen Industrie günstig zu machen. Das klingt fast entschuldigend für das französische Streben nach dem Ruhrgebiet. Wie die Industrie des Ruhrgebietes noch im Frühjahr 1918, als sie noch an den deutschen Sieg glaubte, nach der Annexion von Briey, so streckt, da dies unerreichbar geworden, nach der Auffassung des Hamburger Redners das Eisenerzgebiet von Briey nun seine Hand nach den Kohlen Westfalens, und mit Gewalt oder durch Vertrag wolle Frankreich eine ihm nicht genehme deutsche Wirtschaft völlig erledigen. Liest man dazu die Rede, die der Abgeordnete Stinnes am 20. Mai im auswärtigen Ausschuß des Deutschen Reichstages gehalten hat, man dürfe sich nicht immer von der Angst vor der Entente leiten lassen und müsse unter Umständen auch die Besetzung des Ruhrgebietes mit in Kauf nehmen, so gewinnt es den Anschein, als ob die Franzosen keine große Ueberredungskunst mehr nötig hätten, um diese deutsch-französische Verflechtung durch Kohle und Eisen zu erreichen.

Außer dieser Verflechtung übt aber auf viele Industrielle noch

die sozialpolitische Rückständigkeit der französischen Arbeitsverfassung eine Anziehungskraft. Man erinnere sich, welchen Widerstand die deutsche Großindustrie bis zur Revolution der gemeinsamen Festsetzung der Arbeitsbedingungen durch die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter entgegengesetzt hat. Das wurde als unmöglich, als Utopie von Idealisten hingestellt. Heute ist das Unmögliche Wirklichkeit. Schon zwei Tage nach der Revolution ist es zur sogenannten Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitern gekommen. Sie hat aber die Herrenstellung des Unternehmers sehr eingeschränkt und wird daher von vielen ungerne ertragen. Weitere sozialpolitische Maßnahmen, die folgten, wie das Betriebsrätegesetz, haben diese Unlust verstärkt. Mit der Besetzung des Ruhrgebietes würden die dem ungehemmten Willen des Arbeitgebers auferlegten Schranken sofort fallen.

Die Franzosen würden sie keinen Tag aufrecht erhalten.

Das wären die Folgen, die sich für Deutschland ergeben würden, wollten wir nicht, indem wir unser möglichstes tun, durch den tatsächlichen Nachweis, daß die uns zugemuteten Leistungen unsere Leistungsfähigkeit weit übersteigen, die Sympathien nicht nur der Neutralen, sondern selbst früherer Kriegsgegner, wie Englands, Italiens, Amerikas, erwerben, so daß sie dem schylokartigen Verlangen Frankreichs nach dem Pfund Fleisch nächst unserem Herzen entgegentreten.

Verzeihen Sie diese Abschweifung über die Folgen einer dem Erfüllungswillen entgegengesetzten Politik; ich habe diese Ausführungen machen müssen, weil auf dieser jene Heze gegen Walther Rathenau beruht, die zu seiner Ermordung geführt hat. Hilflos müßten wir alles über uns ergehen lassen, was der Feind über uns verhängen würde. Es wäre finis Germaniae. So hat auch Rathenau gedacht und eben deshalb hat er als guter Patriot das Amt eines Wiederaufbauministers übernommen, als man ihn zur Annahme drängte. Die Inangriffnahme des Wiederaufbaues war nicht leicht. Nicht als ob es auf unserer Seite an gutem Willen gefehlt hätte. Im Mai 1919, als wir in Berlin über die Friedensbedingungen berieten, erklärten in der Kommission, die den Abschnitt XIII des Versailler Diktats betreffend die Arbeit beriet, sämtliche Arbeiterführer die Bereitschaft der deutschen Arbeiter, nach Belgien und Frankreich zu gehen, um wieder gutzumachen, was der Krieg zerstört hatte; nur erklärten sie, nur unter deutschen Unternehmern und unter der deutschen Arbeitsgesetzgebung arbeiten zu wollen. Aber die Franzosen haben gar nicht gewollt, daß deutsche Arbeiter ihre zerstörten Provinzen wieder aufbauten. Vor allem wollten sie noch eine Zeit-

lang die Zerstörung als Agitationsmittel gegen Deutschland aufrechterhalten. Sie gebrauchten den Vorwand, daß es die Gefühle der Bewohner der zerstörten Gebiete verletzen würde, deutsche Arbeiter in ihrer Mitte zu sehen. Dann aber zeigte sich, daß sie selbst am Wiederaufbau gern profitieren würden. Solche Bezahlung konnte aber nicht ohne Gefährdung der Volkswirtschaft unserer Kriegsgegner vor sich gehen. Da wir keine Goldminen besitzen, können wir nur bezahlen, indem wir Arbeitsprodukte hinaussenden und die Forderungen, die uns aus deren Verkauf erwachsen, unseren Kriegsgegnern abtreten. Das hat zu den lebhaftesten Beschwerden derjenigen im Auslande geführt, welche die gleiche Ware herstellen, durch deren Verkauf wir bezahlen. Sie fühlen sich durch die Konkurrenz in ihrer Existenz bedroht. Ich kann hier nicht alle Erschwerungen vorführen, welche unsere Feinde erdacht haben, uns die einzige Art und Weise zu behindern, in der wir zahlen können. Es ist die drastischste Illustration zu: Wasch mir den Pelz und mach mich nicht naß, und hätte es nicht so verhängnisvolle Wirkung, so wäre es komisch. So aber war die Folge, daß wir in steigendem Maße Papiermark gegen ausländische Währung verkaufen mußten, so oft ein Termin herannahte, an dem wir ans Ausland zu zahlen hätten. Dieser Zwangsverkauf von Papiermark, um angedrohter Gewalt zu entgehen, hat jedesmal ihr weiteres Sinken, dieses im Inland steigende Teuerung und im Auslande weitere Verbilligung unserer ausgeführten Waren zur Folge gehabt. Die nachteiligen Folgen, welche dies für unsere Kriegsgegner selbst, vor allem für die Engländer zeitigte, haben wesentlich dazu beigetragen, deren Einsicht in das Verhängnisvolle der französischen Politik und ihre Sympathie für uns zu wecken.

Da hat Rathenau erfolgreiche Abhilfe zu schaffen gesucht. Einmal, indem er am 6. Oktober 1921 mit der französischen Regierung das vielgenannte Wiesbadener Abkommen traf. Danach soll zur Lieferung von Baustoffen, Einrichtungen und Betriebsgegenständen eine deutschrechtliche Organisation geschaffen werden, die auf die Bestellung einer Organisation der französischen Geschädigten jegliche Lieferung bewirken wird, die mit den Bedingungen der Rohstoffversorgung, den Produktionsmöglichkeiten Deutschlands und seinen sonstigen inneren Bedürfnissen vereinbar ist. Das Abkommen ist auf starke Kritik gestoßen. Seitens der französischen Kammer, die es als zu günstig für Deutschland, in Deutschland, weil man es zu günstig für Frankreich bezeichnete, und in England, weil es Frankreich zum Nachteil der übrigen Alliierten begünstige. Der Reichstag hat das Abkommen erst vor kurzem ratifiziert, in Frankreich hat die Ratifi-

kation noch nicht stattgefunden, da die Industriellen noch protestieren, doch hat die französische Kammer beschlossen, daß schon vorher mit der Ausführung begonnen werden soll. Durch das Moratorium, von dem die heutigen Zeitungen sprechen, wird, wenn es uns wirklich gewährt wird, das Wiesbadener Abkommen einen großen Teil seiner Bedeutung verlieren. Wenn es aber zu diesem Moratorium kommt, verdanken wir seine Gewährung wesentlich dem Vertrauen in unseren guten Willen, das Rathenaus Auftreten uns wieder verschafft hat.

Von der größten Wirkung war dann die dreistündige Rede über Deutschlands Wirtschaftslage, die Rathenau am 12. Januar ds. Js. in Cannes gehalten. Er hat mit rückhaltloser Offenheit gesprochen und damit und indem er mit überlegenem Sachverständnis die Irrigkeit der Vorstellung der Alliierten dartat, daß Deutschland Reichtümer ansammle, deren Vertrauen soweit gewonnen, daß sie uns schon damals ein Moratorium für unsere nächstfälligen Zahlungen bewilligten.

Aber weit wichtiger war die Wirkung von Rathenaus Auftreten auf der auf Cannes folgenden Konferenz zu Genua. Der Rapallo-Vertrag, den er da mit den Russen zum Abschluß brachte, war klug, indem er durch Verzicht auf etwas, was wiederzuerlangen wir doch keine Aussicht hatten, einen Gegenverzicht der Russen hervorrief. Nach dem Versailler Diktat sollte nämlich auch Rußland das Recht haben Forderungen an uns zu stellen, die Frankreich sich für seine Milliardenforderungen an Rußland von diesem hätte abtreten lassen. Vor dieser Gefahr sind wir durch den Rapallo-Vertrag geschützt; und außerdem hat Rathenau damit den Willen Deutschlands, sich nicht weiter willkürlich beiseite schieben zu lassen, in einer unsere Achtung unter den Mächten wiederherstellenden Weise zur Geltung gebracht. Und trotz vorübergehender Mißstimmung derer, deren Pläne er dadurch durchkreuzt hat, hat die Friedensrede, die er am letzten Tag der Genueser Tagung gehalten hat, den stürmischen Beifall aller dort vertretenen Nationen gefunden. Als die Konferenz zu Genua schloß, war dort kein Staatsmann populärer als der deutsche Außenminister Rathenau. Und das ist nicht nur seine Stellung bei dem Gros der Konferenzteilnehmer gewesen. Trotzdem eine offizielle Behandlung des Reparationsproblems in Genua verboten war, hat er mehr als einmal im vertraulichen Zwiegespräch mit Lloyd George, mit Briand und den englischen Finanzleuten darüber verhandelt. Ihm gehört das Verdienst, uns wieder das Vertrauen unter den Nationen verschafft zu haben, das für eine internationale Anleihe un-

entbehrlich ist; und ohne eine solche können wir weder zur Revision des Versailler Diktates noch zum Wiederaufbau Deutschlands gelangen. Rathenau war eine Brücke zwischen Deutschland und der Entente, wie er eine Brücke war zwischen den sich gegenseitig beargwöhnenden Linksparteien in Deutschland.

Am 21. Juni folgte dann die Rede Rathenaus im Reichstag, worin er namens der Reichsregierung erklärte, daß sie niemals für irgendwelche Zugeständnisse, und mögen sie noch so groß sein, damit einverstanden sein wird, daß das Rheinland, das während der Besetzungszeit so oft seinen unerschütterlichen Willen zum Festhalten am angestammten Vaterlande bewiesen hat, preisgegeben oder in seinem Bestande geschädigt wird. Darauf die Ankündigung Dr. Helfferichs, daß er die heftigste Rede gegen die Regierung halten werde, die je aus seinem Munde gekommen sei, und am 23. Juni deren Erfüllung. In einer Hezrede von unglaublicher Leidenschaft verlangte Helfferich, daß Rathenau vor den Staatsgerichtshof gestellt werde wegen Fehler, die sich in die französische Uebersetzung des deutschen Textes einer deutschen Note eingeschlichen hatten. Da der deutsche Text und nicht die Uebersetzung für uns maßgebend ist, hatte Helfferich mit wildem Geschrei gegen Einbildungen gekämpft. Am 24. Juni aber wurde Rathenau, der vielseitigste, gewandteste, fähigste, unentbehrlichste unserer Staatsmänner, das Opfer ruchloser Mordbuben.

Es war absurd, Helfferich wegen dieser Rede für den Mord verantwortlich zu machen. Aber was seitdem über die zur Einschüchterung politischer Gegner geschaffenen Organisationen bekannt geworden ist, hat in erschreckendem Maße unser aller Augen geöffnet über die vor keiner Freveltat zurückschreckende Gesinnung, welche in weitem Maße im deutschen Volke um sich gegriffen hat. Es ist dies die Folge jenes alles Maß übersteigenden Hohns, mit dem jedwede Maßnahme der Reichsregierung von ihren Gegnern in den Kot gezogen wird. Die Gesellschaftsklassen, die früher die Macht bei uns in Händen hatten, können deren Verlust nicht verwinden, und wie in Preußen noch während des Krieges aus Junkermund das Wort fiel, die Ersetzung des Dreiklassenwahlrechts durch das allgemeine Wahlrecht sei so schlimm, wie wenn der Krieg verloren würde, so hassen sie heute den inneren politischen Gegner mehr als den äußeren Feind. Daher ist jene Mordatmosphäre entstanden, welche die Untersuchungen der letzten drei Wochen enthüllt haben. Zweifellos hat die Haltung der französischen Regierung, die Deutschland keinen Erfolg gönnen wollte, den Einfluß der deutschen Reaktionäre sehr gestärkt.

Aber dieser war doch das Treibende, was die bloße Tatsache zeigt, daß der Haß sich steigerte, gerade wenn die heute regierenden Staatsmänner trotz der Franzosen Erfolge erzielten, weil sie zur Festigung ihrer Stellung führten.

Und eben weil er Erfolge erzielt hatte, mußte der Erfolgreichste fallen. Nichts, was Deutschland mehr hätte schädigen können. Das Vertrauen in ein Land, dessen Staatsverfassung so wenig gesichert ist, daß die Staatsmänner, die sie verteidigen, Mordanschlägen ausgesetzt sind, ist völlig gewichen. Ein Zeichen ist die eingetretene unerhörte Entwertung der Reichsmark. Die Aussichten auf eine internationale Anleihe, die allein unsere Volkswirtschaft retten könnte, sind derzeit gleich Null. Wenn das Moratorium, von dem die Zeitungen heute reden, nicht zustandekommt, ist, was uns droht, der Bankrott, darauf soziale Revolution und Wiederherstellung der Ordnung durch unsere Feinde in einer Weise, die das Ende Deutschlands bedeutet.

Da es so nicht weitergehen kann, haben Regierung und Reichstag ein Gesetz, das den Schutz der republikanischen Verfassung bezweckt, beschlossen. Ich weiß nicht, wie Rathenau zur Frage der Republik in abstracto gestanden hat. Aber ich weiß, daß er Deutschland über alles liebte und daß er Realpolitiker war. Da mußte er sich sagen, daß ein Bürgerkrieg unvermeidlich wäre, wenn eine anti-republikanische Minderheit die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes, die von einer Monarchie nichts wissen will, vergewaltigen wollte. Ich bin daher überzeugt, daß Rathenau mir zugestimmt hätte, daß das Gesetz zum Schutz der Republik das mindeste ist, was geschehen konnte, wenn Deutschland sich nicht selbst aufgeben will.

Liest man das Gesetz, so wirkt es ja geradezu beschämend, zu sehen, was für Bestimmungen notwendig geworden sind, um unser Vaterland zu verteidigen.

Sollte man es für möglich halten, daß es in Deutschland notwendig geworden ist Bestimmungen dagegen zu treffen, daß Beamte die Staatsverfassung schmähren, deren Schutz ihnen anvertraut ist! Was würde geschehen sein, wenn ich — was mir ja innerlich unmöglich gewesen wäre — entgegen der Treue, die ich meinem Könige geschworen hätte, in einer Studentenversammlung eine Rede mit dem Rufe: Es lebe die Republik! geendet hätte? Hätte man nicht sofort eine Disziplinaruntersuchung gegen mich eingeleitet?

Sollte man es für möglich halten, daß es notwendig hätte werden können, die Farben des Wappens des alten deutschen Reiches Schwarz-

Rot-Gold vor Verunglimpfung durch Deutsche zu schützen! Nach den deutschen Freiheitskriegen waren sie das Symbol der Hoffnung auf die Einheit Deutschlands. Als solches hat die deutsche Burschenschaft sie auf der Brust getragen, und als die deutsche Burschenschaft, eben weil sie die Einheit Deutschlands wollte, von der Reaktion aufgelöst wurde, sang sie bei ihrer letzten Zusammenkunft am 26. November 1819 in Jena das ergreifende Vinzersche Lied: „Wir hatten gebauet ein stattliches Haus“, dessen 7. Vers klagt: „Das Band ist zerschnitten, war schwarz, rot und gold.“ Aber trotzdem diese Worte in der Reaktionszeit selbst in den Studentenliederbüchern nicht gedruckt werden durften, sind diese Farben stets von denen, die das ganze Deutschland wollten, heilig gehalten worden. Sie waren das Symbol der deutschen Einheitsbestrebungen im Jahre 1848, und als 1866 der Kampf um die Hegemonie zwischen Preußen und Deutschland stattfand, hat jeder Mann in den den großdeutschen Gedanken vertretenden süddeutschen Armeen, vom Generalfeldmarschall Prinzen Karl von Bayern bis zum geringsten Soldaten die schwarz-rot-goldene Binde am Arme getragen. Was war selbstverständlicher, als daß man, als man zu der Hoffnung auf Wiedervereinigung mit den von uns getrennten österreichischen Stämmen zurückkehrte, auch auf die Farben zugriff, welche die deutsche Einheit während Jahrhunderten symbolisiert hatten? Und diese Fahne muß man heute gegen das Schmähwort Judenfahne und andere Verunglimpfungen durch Strafandrohungen verteidigen!

Aber noch mehr! Einerseits erklären sich unsere Staatsmänner laut zu dem Bekenntnis, daß die Republik für eine derzeit unabhsehbare Zeit die allein mögliche Staatsverfassung Deutschlands sei, andererseits nimmt man Anstand, dieser allein möglichen Staatsverfassung zu gewähren, was sie für ihre Erhaltung für unentbehrlich erklärt.

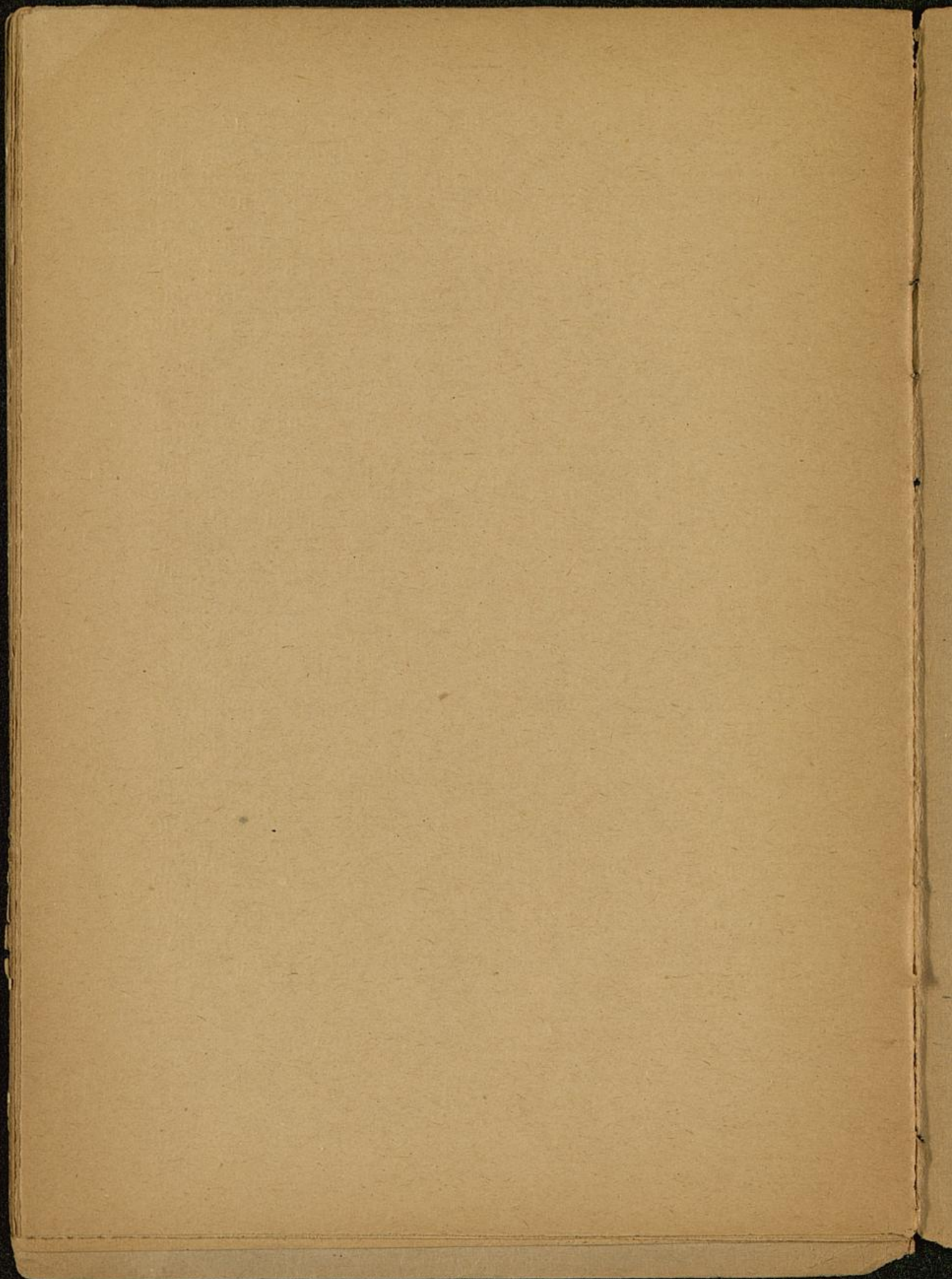
Vor hundert Jahren, im Jahre 1813, dichtete E. M. Arndt sein Lied „Was ist des Deutschen Vaterland?“ Noch als ich in den Sechzigerjahren des vorigen Jahrhunderts hier in München studierte, haben wir es oft voll inbrünstigen Hoffens gesungen, daß das ganze Deutschland, das es als Antwort verkündete, uns doch noch werden sollte. Es ist uns dann, wenn auch nicht ganz so, wie wir es damals hofften, geworden, und heute — nach dem Zusammenbruche der österreichischen Monarchie — ist trotz Frankreichs Einspruch, die Hoffnung, daß, was uns noch fehlt, hinzukomme, näher als je. Und da es gilt, dieses ganze Deutschland, den Traum unserer Besten in vergangenen Jahrhunderten, die Sehnsucht unserer Väter, den Stolz unserer Jugend in seiner Existenz zu sichern, — in dem

Augenblick, wo es darauf ankommt, wahr zu machen, was wir so oft versprochen haben, alles, alles für unser Vaterland hinzugeben, — läßt man sich durch die Agitation nicht nur von Segnern der heute einzig möglichen Staatsform, sondern auch von solchen, die, wie man aus der Reichstagsrede des Abgeordneten Emminger, wo er geschichtliche Aenderungen in Aussicht stellt, schließen muß, überhaupt loswollen vom Reich, einschüchtern und erhebt den Einwand, daß Rechte der einzelnen Gliedstaaten geschmälert würden, wenn diejenigen Bestimmungen getroffen würden, die zur Erhaltung der, wie gleichzeitig anerkannt wird, heute allein möglichen Staatsform unentbehrlich sind. Ich habe in unserer gegenwärtigen Regierung mehrere von mir hochgeschätzte frühere Schüler; aber trotz aller Hochachtung für dieselben halte ich es für meine Pflicht, den Schmerz zu bekennen, den ich empfand, als die französischen Zeitungen den Widerstand Bayerns gegen die Beschlüsse der Reichsregierung ausnützten, um die von ihnen erhoffte Spaltung Deutschlands zu prophezeien. Das, woran man Anstoß nimmt, ist, daß das Reich einen Reichsgerichtshof zum Schutze seiner bestehenden Verfassung errichten will. Dadurch sieht man die Justizhoheit der Gliedstaaten verletzt. Das Reich soll die Untersuchung und Aburteilung der gegen seine Existenz gerichteten Bestrebungen den Staatsgerichtshöfen der Gliedstaaten überlassen. Das wäre ganz schön, wenn es sich nur um Bestrebungen handelte, die sich gegen die Staatsverfassung dieser Gliedstaaten richteten. Aber es handelt sich ja in erster Linie um Bestrebungen, die gegen die Verfassung des Reiches gerichtet sind! An solchen können auch Beamte der Gliedstaaten selbst teilnehmen. Und nun mutet man dem Reiche zu, auf seine eigene Justizhoheit zu verzichten und Bestrebungen, die gegen seine eigene Existenz gerichtet sind, Staatsgerichtshöfen zu übertragen, unter deren Mitgliedern sich möglicherweise auch Männer befinden, die eben diesen Bestrebungen sympathisieren. Daß ich damit unserer Beamten-schaft nicht ungerecht Vorwürfe mache, zeigt die Weigerung vieler, der deutschen Republik den Eid zu leisten. Wie vermag man überhaupt über Justizhoheiten und Polizeihöheiten zu streiten in einem Augenblick, in dem unsere Feinde schon jauchzen, daß der Tag naht, an dem jedwede deutsche Hoheit zu Ende geht! Das erinnert an die Streitigkeiten auf dem letzten deutschen Reichstag zu Regensburg, ob der Vertreter dieses oder jenes Reichsstands das Recht habe, den Stuhl, auf dem er sitze, auf einen Teppich zu stellen, während man in Frankreich schon die Trommel rührte zum Sturm, der dem ganzen Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation das Ende bereiten sollte.

Wie sollen wir den uns drohenden Gefahren entgehen?

Nur eines kann dazu führen: die völlige Umkehr in dem Gebahren der sich bekämpfenden Parteien gegeneinander. Es ist eine Verwilderung in unserem politischen Leben eingerissen, neben der keinerlei vernünftige Ueberlegung zu bestehen vermag. Ich wiederhole: Fast meint man, wenn man die gegenseitigen Anpöbelungen der Parteien in der Presse liest und hört, wie es in den Versammlungen zugeht, die Deutschen haßten einander mehr, als ihre äußeren Feinde. Es ist, wie wenn Schiffbrüchige auf einem Felsen miteinander rausten, um sich in den Abgrund zu reißen.

Um dem ein Ende zu machen, müssen wir alle zusammenwirken. Ich kann nur wenig tun. Jeder einzelne von Ihnen kann nur wenig tun. Nur wenn Sie sich mit den Tausenden und Abertausenden im Land, die der tragische Tod Walther Rathenaus aufgerüttelt hat, zusammentun, um die große Unwissenheit, die über die unsere Existenz bedrohende Gefahr herrscht, zu beseitigen, können wir hoffen, einer Katastrophe zu entgehen. Denn eine entsetzliche Unwissenheit ist der Nährboden aller der Lügen, Verleumdungen, Gehässigkeiten, welche die deutschen Brüder heute von einander trennen. Selbst die Kenntnis der Bedingungen, die das Versailler Diktat dem deutschen Volke auferlegt hat, ist immer noch in erstaunlich geringem Maße verbreitet. Nur eines ist noch weniger bekannt, was unsererseits schon alles zur Durchführung des uns Auferlegten geschehen ist, und welche Mühen, Sorgen, Opfer unsere Staatsmänner es sich haben kosten lassen, um durch diese Erfüllung einen sofortigen Einmarsch unserer Feinde zu verhindern. Fast eine Geheimwissenschaft aber ist die Erkenntnis der Wirkungen, welche die Durchführung dieser oder jener politischen und wirtschaftlichen Maßnahme haben würde, die vorgeschlagen wurde, um den Wiederaufbau Deutschlands herbeizuführen und damit die europäische Zivilisation vor dem Untergang zu bewahren. Sie sind jung und vom heiligen Feuer für die Wahrung unserer nationalen und kulturellen Güter beseelt. Vor allem bemächtigen Sie sich selbst der zu unserer Wiedererhebung nötigen Kenntnisse und dann tragen Sie sie hinaus in die Menge und sichern Sie damit die Wiederauferstehung des Volkes, das wir alle so sehr lieben. Nur so können Sie das Andenken an Walter Rathenau ehren.



B. 5, 2000

15/10

4227

In unserem Verlage erschien:

Politische Fremdwörter

zum Gebrauche für Zeitungsleser
von Wolfgang Kraemer
Preis Mk. 15.—

Dieses Buch soll jedermann helfen, die so überaus mannigfaltigen fremden Ausdrücke zu verstehen, ihren Sinn zu erfassen, über Inhalt, Bedeutung und Herkunft klar zu werden. Gleichzeitig soll das Büchlein aber auch zeigen, daß man in den weitaus meisten Fällen sehr gut statt des ausländischen Wortes sich eines gleichwertigen deutschen Ausdruckes bedienen kann

Der Deutsche Staatsbürger

Eine Schriftenreihe herausgegeben von Dr. Eugen Neuberger
Bisher erschienen:

- Heft 1: Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919
Mit einer Entstehungsgeschichte und einem Ueberblick
von Dr. E. Neuberger. Mk. 15.-
- Heft 2: Außenpolitik, Heer und Flotte von Franz Karl Endres Mk. 12.-
- Heft 3: Gemeindepolitik von Stadtrat Karl Weiß Mk. 10.-
- Heft 4: Bildung und Schule von Fritz Bühler Mk. 24.-
- Heft 5: Einführung in die Sozialpolitik von Dr. Gerh. Albrecht Mk. 10.-
- Heft 6: Die Frauenbewegung in Deutschland Mk. 6.-
- Heft 7: Der Weltkrieg in seinem Verlauf und Ergebnis von
Franz Carl Endres Mk. 12.-

Es ist an der Zeit, die politische Bildung der Einseitigkeit zu entkleiden, die überlieferte Vorurteile in bevorzugten Klassen und parteiische Einstellung in benachteiligten Klassen mit sich gebracht haben. Heute darf politische Bildung weder ein Vorrecht Bevorzugter noch ein Kampfmittel Zurückgedrängter sein. Seit Deutschland eine demokratische Staatsverfassung hat, gebietet es die nationale Selbsterhaltung, daß politische Bildung eine Staatsbürgerpflicht aller Deutschen ist. Bei der Erfüllung dieser Pflicht mitzuhelfen, ist der Zweck dieser Schriftenreihe.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen